

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Belegungen nehmen Deutsche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Preisband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Die neugegründete Monatszeitschrift „Der neue Raum“ kostet 6.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das gedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Anfertigung. Große Anzeigen: Das gedruckte Wort 3.75 M., jedes weitere Wort 3.— M. einschließlich Anfertigung. Das gedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Anschlag wider das Reich

Habebald und Eisebeute

Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Reichsverbandes der Industrie, Geheimrat Bücher, hat gestern vor den Vertretern der Presse nähere Ausführungen über die „Kreditaktion“ der Industrie gemacht. Das wichtigste daraus sei kurz wiedergegeben.

Bücher erinnerte daran, daß schon auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes die Hilfeleistung an die Bedingung geknüpft worden sei, daß das Reich nunmehr ernsthafte Schritte tue, um seine Finanzen zu reformieren, weil es der wirtschaftlich denkenden Industrie unverantwortlich erschienen wäre, mit einer Kreditaktion etwa nur die zahlreichen Lächer in den einzelnen Etats zu verstopfen.

Die Industrie habe Verhandlungen geführt und dabei festgestellt, daß das Ausland zur Zeit nicht über allzuviel Mittel verfüge. Der Londoner Bankier A. Rothschild habe als höchste mögliche Summe 50 Millionen englische Pfund genannt, die kaum ausreichend wären, um die Reparationstraten für Januar und März abzutragen. Amerikanische Bankiers schätzen einen etwaigen Kredit auf 250 Millionen Dollar, aber nur unter Voraussetzung, daß sich die Engländer an dem Geschäft beteiligten, während die Engländer ihrerseits nur in Gemeinschaft mit den Amerikanern mittun wollten. Fest habe bei beiden Gruppen von vornherein gestanden, daß vor Beendigung der Washingtoner Konferenz nicht an Kredite zu denken sei. Nun schäme man die Verhandlungen in den Kommissionen auf drei bis sechs Monate.

Wie Herr Bücher weiter versichert, habe sich das Ausland sehr intensiv mit der Frage der deutschen Kreditfähigkeit überhaupt beschäftigt, und es sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wirtschaft des Reiches nicht nur seinen eigenen Kredit, sondern auch den Kredit der Privaten untergrabe.

Die Sparlosigkeit kann sich nur auf den ordentlichen und den außerordentlichen Etat und auf die Betriebsverwaltungen erstrecken. Diese haben das größere Defizit und sind am schlechtesten geleitet. Die Industrie wünscht die Überführung dieser Betriebe in den Privatbesitz, weil die Verwaltung eines solchen Riesenunternehmens in einem demokratischen Lande immer politischen und parlamentarischen Einflüssen unterliegt.

Der Vertreter der Industrie beklagte sich dann plötzlich auch auf die Arbeiter. Die Überführung der Eisenbahn in die Privatwirtschaft könne nicht ohne positive Mitwirkung der Arbeiter und Beamten geschehen. Die tätige Mitarbeit der Gewerkschaften sei überhaupt Voraussetzung für das Gelingen des Planes. Die übrigen Volksteile müßten in intensiver Weise mithelfen, denn es koste ungeheure Kapitalien, die Anlage der Eisenbahnen wieder in den früheren Stand zu setzen. Ein rentabler Eisenbahnbetrieb würde die Unterlage einer großzügigen Kreditaktion bilden. Der große Gedanke der Industrie sei, Goldwerte im Inlande zu schaffen, so daß, wenn die große Sanierung komme, mit vollendetem Produktionsmitteln den äußeren Ereignissen entgegengegriffen werden könne.

Und dann zum Schluß noch einmal ein Wink an die Arbeiter:

Diese große Frage, wie wir wieder kreditfähig gemacht werden sollen, kann nicht durch die politischen Parteien gelöst werden. In der Zentralarbeitsgemeinschaft, wo Unternehmer und Arbeiter sich schon oftmals zu schwierigen Fragen zusammengefunden haben, muß auf sachlichem Wege eine Lösung gefunden werden.

Soweit der Wortführer des Reichsverbandes. Zunächst bedürfen seine Darlegungen hier und da einer gewissen Korrektur. So hat nach unseren zuverlässigen Korrekturen der Baron Rothschild nicht von 50, sondern von 50 bis 75 Millionen englischer Pfund gesprochen, und diese Summe sollte nicht etwa von England und Amerika zusammen, sondern von England allein aufgebracht werden. Aber derartige kleinen Taschenspielerkunststücke sind von verhältnismäßig geringer Bedeutung gegenüber dem abgesehenen Schwundel des Gesamtplanes.

Es ist gut, sich noch einmal seine Entstehungsgeschichte zu vergegenwärtigen. Als der Gedanke der geschlichen Erfassung der Goldwerte auftauchte, bekamen es die Industriellen mit der Angst, und sie erbieten sich, dem Staat „freiwillig“ aus der Verlegenheit zu helfen, wobei nur so ganz nebenher angedeutet wurde, daß die Geldgeber als Gegenleistung einen gewissen Einfluß auf die Politik der Regierung wünschten.

Das Angebot war außerordentlich bedenklich. Die Industrie, die von Rechts wegen Schuldnerin des Staates ist, wollte sich zu seiner Gläubigerin machen, und ein Eingehen auf ihre Forderung eines politischen Mitspracherechtes hätte die größten Gefahren heraufbeschworen. Aber angesichts des Zwanges, Geldquellen zu erschließen, die sofort fließen, damit die nächsten Termine für die Zahlungen an die Entente eingehalten werden können, ließ es sich zur Not begreifen, daß die Regierung die Offerte nicht ohne

weiteres zurückwies, sondern nach Wegen suchte, auf denen die Kredithilfe mit den Interessen des Reiches in Einklang zu bringen sei.

Innerhalb des Reichsverbandes der Industrie setzte indessen sofort eine Gegenaktion ein, die in der Hauptsache von Stinnes und Hugenberg geführt wurde und die aus der innerpolitischen Entwicklung der letzten Woche reichliche Kräfte zog. Ihre Träger, deren Interesse an der Verbesserung des Geldwertes aus verschiedenen Gründen recht gering ist, verhielten sich grundsätzlich ablehnend gegen das ganze Unternehmen, doch als gerissene Geschäftsleute erkannten sie, daß sich hier unter Umständen ein schöner Fischzug machen lasse. Das Reich ist in schwerster Bedrängnis, man bietet ihm Hilfe an, und was ist natürlicher, als daß es dafür einen hohen Preis zahlt? Jetzt oder nie ist die Gelegenheit geboten, sich einen unerhörten Vorteil zu sichern: Kredit ja, aber die Eisenbahnen müssen dem Privatkapital ausgeliefert werden.

Im bürgerlichen Leben wären in einem ähnlichen Fall alle Vorbedingungen zur Anwendung des Wucherparagraphen des Strafgesetzbuches gegeben. Die großmächtigen Herren der Industrie sind schamlos genug, auf das Niveau des gemeinen Erpressers und Halsabschneiders hinabzusteigen. Ja, sie lassen den Wucherer, der Geld gegen überhohe Zinsen verleiht, noch weit hinter sich. Im Vergleich zu ihnen ist dieser ein vollendeter Ehrenmann. Er gibt doch wenigstens noch etwas her; er bestreift sein Opfer aus einer augenblicklichen Verlegenheit, während die Industrie garnichts bietet, sondern nur für spätere Zukunft etwas in Aussicht stellt.

Erst nach der Washingtoner Konferenz soll das Ausland für die Kreditaktion reif sein. Man fragt sich vergebens, was die Konferenz mit dem Plan zu tun hat, und wir erlauben uns die stärksten Zweifel in die Behauptung zu setzen, daß es die fremden Geldleute gewesen sind, die die Notwendigkeit dieser sechsmonatigen Vertagung entdeckt haben. Doch sei dem, wie ihm wolle: das Reich hat auf jeden Fall bis zu den nächsten Fälligkeitsterminen die notwendigen Goldmillionen nicht zur Verfügung. Inzwischen wird, wenn es nach den Wünschen der „Kreditgeber“ geht, die Überführung der Eisenbahnen in den Privatbesitz eingeleitet und wenn möglich durchgeführt. Wer will die Hand dafür ins Feuer legen, daß nach sechs Monaten nicht neue Schwierigkeiten für die Kreditgewährung entstanden sind? Dann ist das Ende vom Liede, daß das Privatkapital zwar die Eisenbahnen, das Reich aber kein Geld hat, und während dessen ist die Entente vielleicht schon dazu übergegangen, sich die bekannten realen Garantien zu verschaffen.

Ein fein ausgeklügeltes Spiel! Jedoch der Gipfel der Frechheit wird mit dem Appell erreicht, den der Sprecher der Industriellen an die Arbeiter richtet. Jetzt hat man sich der Arbeiter erinnert. Als die verbrecherische Idee ausgearbeitet wurde, hielt man sie wohlweislich fern. Da hieß es, es handle sich hier um eine ausschließliche Angelegenheit des Industriekapitals. Jetzt, wo die Reize gestellt sind, sollen die Gewerkschaften und soll die Zentralarbeitsgemeinschaft den Fang sichern helfen. Die ganze Sache müsse dem Getriebe der Politik entzogen werden — sagen die Industriemagnaten, die bekanntlich im Politischen unschuldig sind wie die neugeborenen Kindlein — der brave, politisch nicht verdorbene Arbeiter in den Gewerkschaften und in der Zentralarbeitsgemeinschaft soll mitwirken.

Eine schwerere Beleidigung für das Proletariat ist kaum denkbar als diese Zumutung. Sie bedeutet eine Heringschätzung seines Erkenntnisvermögens, die jene Bauernfängererei, mit der man das Proletariat durch die Kleinaktion von der Sozialisierung abbringen wollte, noch in den Schatten stellt.

Die Arbeiter — dessen sind wir sicher — werden den Industriellen nicht ins Garn gehen. Aber was wird die Regierung tun? Weiß sie nicht, daß unter den Herren, die kürzlich beim Reichskanzler ihre unerhörten Ideen entwickelten, mindestens einer — und zwar ein sehr mächtiger — war, der den Zerfall Deutschlands für ein geringeres Übel hält als den Rückgang seines eigenen Profits? Ist ihr nichts bekannt von dem frivolen Wort eines Mitglieds der Berliner Großfinanz: „Ich fürchte, daß wir wirklich das Geld im Ausland bekommen?“

Sie kann nicht einwärtslos genug sein, um nicht das Spiel zu durchschauen. Will sie aber verhindern, daß das deutsche Geld weiter entwertet wird, ist ihr daran gelegen, daß der Kurs der Mark wieder auf eine Höhe gebracht wird, der ihrer inneren Kaufkraft entspricht, will sie der Ausbeutung von Staat und Arbeiterschaft durch eine Handvoll Briganten steuern, dann muß sie ungesäumt vom Verhandeln zum Handeln übergehen und ein Gesetz zur Erfassung der Goldwerte vorlegen. Sie muß den Mut aufbringen, den industriellen Habebalds und Eisebeutes rücksichtslos die Tür zu weisen. Wenn nicht aus anderen Gründen, so schon deswegen, weil sie sonst von ihnen hinausgeworfen wird.

Die Teuerung und die Löhne

Die Entwicklung der Devisenkurse in den letzten Wochen hat eine Teuerung aller Waren in Deutschland hervorgerufen, die ohne Beispiel ist. Die Großhandelspreise zeigen ein erschreckendes Bild. Nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ stand das Indexbarometer im November 1921 auf 248 gegen 100 im Januar 1920, 148 im Januar 1921, 159 im August, 166 im September, 184 im Oktober 1921. Die Ziffern sind errechnet nach den Großhandelspreisen für 77 lebensnotwendige Waren. Sie ergaben die höchste Steigerung in der Gruppe Nahrungs- und Genussmittel, die im Juli 1921 145, im August bereits 214, im September 211, im Oktober 227 und im November 317 anzeigten. Die Steigerung in den letzten Monaten ist jedoch bei anderen Waren nicht geringer. So standen Textil- und Lederwaren im September noch auf 96, im Oktober bereits auf 120 und im November gar auf 168. Und so geht es fort. Die Kleinhandelspreise sind der Steigerung der Großhandelspreise schnell, wenn auch nicht im gleichen Tempo, gefolgt“, fügt die „Frankfurter Zeitung“ ihrer Darstellung hinzu.

Ein Vergleich der Gesamtindexziffer für die erwähnten 77 Waren mit dem Friedensstand ergibt folgendes Bild: Friedenspreise Mitte 1914 = 100, Preise Anfang 1920 = 1083, Anfang November 1921 = 2687. Somit wären die Preise beim siebenundzwanzigfachen Betrag der Friedenspreise glücklich angelangt.

Was das für die Massen des Volkes, die von festem Einkommen an Lohn, Gehalt oder Renten leben müssen, bedeutet, ist klar: Verelendung. Die gegenwärtigen Tariflöhne oder Befoldungsätze und ihre Erhöhung in jüngster Zeit werden nicht entfernt diesen Teuerungszahlen gerecht. Noch mehr: die Löhne und Gehälter entsprechen nie, in keinem Augenblick der letzten zwei Jahre, den Preisverhältnissen. Alle auf Grund von Preissteigerungen beschlossenen Lohnregelungen kamen zu spät, traten in Kraft, wenn die Teuerung bereits wieder einige Schritte vorwärts getan hatte. Daraus erklärt es sich, daß in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten immer wieder der Wunsch nach jenen mißlichen Sonderbeihilfen in Gestalt einmaliger größerer Zahlungen laut wurde. Da Preise und Löhne nie im vollen Einklang miteinander standen, war nie ein Gleichgewicht im Wirtschaftsetat des Arbeiter- und Angestelltenhauses herzustellen. Immer wieder entstand ein Loch, das durch eine größere außerordentliche Summe gestopft werden mußte. Die Sonderbeihilfen brachten den Arbeitern und Angestellten daher auch nie einen dauernd fühlbaren Vorteil.

Dennoch wirkte die Preissteigerung nie zuvor so katastrophal wie gegenwärtig. Wenn auch ein wirklich befriedigendes Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen in seinem Zeitpunkt eintrat, so hielten die Arbeiter und Angestellten doch mit Ach und Krach von der einen bis zur nächsten Tarifrevision durch. Es gelang auch in vielen Fällen, die Tarifberatungen elastischer zu gestalten und die Zeitspanne zwischen den Lohn-erhöhungen zu verkürzen.

Dagegen bedroht das fieberhaft schnelle und vor allem sprunghafte Tempo der Preissteigerung, das wir gegenwärtig erleben, alle Tarifgebäude mit dem Einsturz. Ungeheure Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, um eine Anpassung der Löhne an diese Preise auf dem wünschenswerten Wege der zentralen Tarifabkommen zu erreichen. War bisher noch ein Auskommen von Monat zu Monat möglich, so wäre gegenwärtig eine Neuregelung der Lohnsätze von Woche zu Woche nötig, wenn die Löhne und Gehälter nicht noch viel mehr im Rückstand bleiben sollen.

Eine ähnliche Krise trat als Folge der Privaterteuerung im Sommer ein. Sie hatte die Steigerung der Indexziffer für den Großhandel in Lebensmitteln von 145 im Juli auf 214 im August zur Folge. Damals kam die Not der Arbeiter- und Angestelltenchaft zum Ausdruck in zahlreichen spontanen Lohnbewegungen, die, regulär bewertet, als „Tarifbrüche“ hätten verurteilt werden müssen. Wenn ähnliche Erscheinungen gegenwärtig nicht eingetreten sind, so darum, weil in vielen Industriezweigen infolge der inzwischen eingetretenen Spekulationskonjunktur Überstunden in nicht geringer Zahl gearbeitet werden. Durch die damit erreichten Mehreinnahmen werden gegenwärtig zahlreiche Arbeiter über den wahren Zustand ihrer Lage hinweggetäuscht. Das aber wird sich fühlbar rächen, wenn die Schwundelkonjunktur aufhört und die hohen Preise bestehen bleiben — als liebliche Erinnerung an die schönen Zeiten für die Profitgeier, die gegenwärtig aus der geschundenen Haut des Volkes die goldenen Riemen schneiden, mit denen sie einst die Massen auch politisch zu züchtigen gedanken. Denn auch größeren politischen Einfluß glauben sie kaufen zu können.

Darum müssen die Organisationen vorbeugen. Wenn auch der Antriebe um Handeln diesmal nicht durch plötzliche Bewegungen der Massen gegeben ist, so müssen die Gewerkschaften dennoch alles daran setzen, um unverzüglich durch neue und nach Bedarf fortwährend

Volknot und Lebensmittelwucher

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung die klägliche Beamtenbefoldungsvorlage g e s e h e n. Alle Einwendungen unserer Genossin Zieh, alle Anträge unserer Fraktion zu jeder einzelnen Position, die sie vorzutragen und in ausführlichen Darlegungen begründete, wurden von den angeblichen Freunden der Beamten niedergestimmt. Außer der Genossin Zieh erhob fast niemand aus dem ganzen großen Kreise der Volkspartei die Stimme zum Wohle der Beamten. Berlegenheitsausreden waren es, was die Vertreter der anderen Parteien gegen die Darlegungen unserer Genossin Zieh vorzutragen hatten, sofern sie es überhaupt für nötig hielten, das Wort zu ergreifen. Dieses Verhalten des Reichstages zeigt den Beamten, was sie von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, zu denen noch viele von ihnen halten, bei ihren weiteren Forderungen zu erwarten haben.

Bei der Beratung der Interpellationen über die Ernährungswirtschaft und den Wucher mit Lebensmitteln gab die Genossin Mathilde Wurm im Namen unserer Fraktion Anträge gegen alle Verursacher der Hungertatstrophe, die über das Volk hereinzubringen droht, wenn dem verbrecherischen Treiben der Wucherer nicht Einhalt geboten wird. In außerordentlich eindringlicher Rede, gestützt auf reiches Material und genaue Sachkenntnis, wußte sie die Not des Volkes und die Gründe dafür zu schildern. Der Herr Ernährungsminister Hermes, der als solcher genau so miserabel ist, wie als zur Aushilfe eingesetzter Finanzminister, wußte darauf nur zu sagen, er kenne „keine Furcht vor der Phrasen“. Seine Rede zeigte, daß die Genossin Wurm recht hatte, als sie erklärte, sie bewundere die Ruhe, mit der die Regierung der Not der Massen zuschaut. Die Rede des Herrn Hermes zeigte ferner, daß er nichts zu tun gedenkt, um den wuchernden Schiefern das Handwerk zu legen. Die Senkung des Marktwertes kam ihm als glückliche Ausrede zustatten, und er brachte es fertig, allen Jammer auf sie zurückzuführen zur Entlastung derer, die durch ihr schamloses Treiben einen großen Teil an Schuld für die gegenwärtigen Zustände tragen. Färrwahr: ein trefflicher Minister für das Großagrariertum.

Sitzungsbericht

Freitag, 11. November

Befoldungsvorlage

Abg. Luise Zieh (U.S.P.): Ich habe schon gestern darauf hingewiesen, daß die unteren Beamten viel zu gering, die oberen zu reichlich bedacht worden sind. Wir beantragen, die Zahl der Gehaltsgruppen von 13 auf 7 zu vermindern und die Gehälter in Gruppe 1 mit 14 000 M. und steigend bis 33 000 M. Anfangsgehalt in Gruppe 7, die Endgehälter durchweg um 10 000 M. höher zu bemessen. Man hat die Neueinteilung der Gruppen mit dem Einwand bekämpft, den Beamten müsse schließlich schollen werden. Aber durch eine vorläufige Auszahlung an die Beamten kann ihrer Notlage insoweit abgeholfen werden, daß sie wohl die geänderte Umgestaltung, die auch die unteren Beamten zu ihrem Recht kommen läßt, abwarten können. Der Herr Reichsfinanzminister Hermes erklärte hier, daß die Regierung guten Willens sei, diesem Verlangen nachzukommen, wenn der Reichstag so beschließen sollte. Die Vermehrung an den Ausläufen bedeutet also durchaus keine Verzögerung. Um Ihnen aber jeden Einwand zu nehmen, stellen wir für den Fall, daß die Neueinteilung der Gruppen abgelehnt wird, den Eventualantrag, die Gehaltsliste nach der bisherigen Gruppeneinteilung neu zu bestimmen. Wenn Sie unseren Anträge zustimmen, dann haben Sie einen Teil von dem gutgemacht, was die Vorlage Böses vorbringt. Dadurch können Sie

die ungeheure Erbitterung

in den unteren Beamtentlassen mildern. Wir beantragen weiter, falls der Antrag, die Reichswehr aus der Befoldungsordnung zu streichen, abgelehnt wird, die Gehälter der Beamten aus der ersten Gruppe so zu bemessen, wie es bemessen sein könnte, wenn nicht die Reichswehr darin wäre. Die Reichswehrsoldaten haben Untertun, Ernährung, Kleidung und vieles andere. Das haben die Beamten der Gruppe 1 nicht. Entsprechend den Verhältnissen der Reichswehrsoldaten legt man die Gehälter dieser Gruppe fest und klammert sich den Lufel um die Beamten, die mit in diese Gehaltsgruppe fallen. Wir erlauben, unseren Anträgen zuzustimmen. (Lebhaftes Bravo u. d. U.S.P.)

Die Abänderungsanträge der Unabhängigen und Kommunisten zu diesem Artikel werden abgelehnt und die Regierungsvorlage nach dem Beschluß des Ausschusses angenommen. Bei Artikel IV führt Abg. Luise Zieh (U.S.P.) weiter aus: Der Artikel IV betrifft die Wartegelder. Es gibt Beamte, die Wartegelder bekommen, die außerdem aber noch 100 000 Mark oder gar 200 000 Mark aus der Industrie beziehen, und unter diesen solche, die abliehen, trotz Wartegeldbezugs wieder eine Tätigkeit im Reichsdienst zu übernehmen. (Hört! Hört!) Sie nehmen das Wartegeld und weigern sich, wieder in Dienst zu treten. Gerichtsurteile haben sich gemeldet, wieder Dienst zu tun, wenn ihnen nicht neben ihrem Gehalte 50 Mark Tagelohn ausbezahlt wird (Hört! Hört!) Soldaten Leuten soll nun

das Wartegeld von 15 000 M. auf 60 000 M. erhöht werden. Dagegen müssen wir uns wenden. Ein Regierungsvertreter kündigt einen Beschluswurf a, um zu verhindern, daß Wartegeldbesitzer sich weigern, wieder Tätigkeit im Reichsdienst zu übernehmen.

In der Abstimmung wird der Artikel IV unter Ablehnung der Abänderungsanträge in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Artikel V handelt von den Witwengeldern.

Abg. Luise Zieh (U.S.P.): Nach Artikel V sollen die Witwen der von 9000 M. auf 28 000 M. erhöht werden. Das kann man nicht verantworten. (Sehr richtig!) Dadurch würde eine Gehaltsbestimmung geschaffen, nach der Beamte der VIII. Gehaltsstufe 2000 M. jährlich weniger bekommen als eine Beamtenswitwe.

Auch Artikel V wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Die Interpellationen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Unabhängigen über

Getreideverfälschung, Zwangsbewirtschaftung, Preissteigerung und Ernährungsversorgung

werden miteinander verbunden.

Abg. Semeter (Dn.) begründet die Interpellationen seiner Fraktion.

Abg. Krähig (S.P.D.): Eine wahre Hochzeit des Wuchers ist über unser Volk hereinzubringen, die Tausende und Zehntausende von Volksgenossen vernichtet. Vor einigen Wochen haben die Deutschnationalen eine kleine Anfrage eingebracht, die sich auf den erschreckenden Umfang der Preissteigerung bezieht. Diese Anfrage ist die schärfste Verurteilung ihrer eigenen Politik. Der Bankrott der freien Wirtschaft ist jetzt da. Der Preis, der von der Unterkommission festgesetzt worden ist, ist der gerechte. Aber die Landwirtschaft fordert Preise, die über das Maß hinausgehen. Die Umlagepreise hinausgehen. Wer garantiert dafür, daß bei der

Differenz des Umlagepreises und des Getreides im freien Handel 4000 M. bis 5000 M. pro Tonne, die Preise nicht allgemein ganz gewaltig in die Höhe gehen? Das kann von der arbeitenden Bevölkerung nicht getragen werden. Die Löhne sind auf das Maß der Friedenslöhne gesunken, während die Lebensmittelpreise

das Maß des Friedenspreises erreicht haben. Wir haben 1 300 000 Invalidenrentner, die 210 M. pro Tag erhalten, und viele Hunderttausende anderer Sozialrentner, die noch weit weniger erhalten. Woher sollen die dann die Mittel nehmen, um sich Brot zu kaufen? Deshalb ist es unbedingt notwendig, das Vielesoll im Umlagegetreide auf 3 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen. In Deutschland ist der Konsum an Lebensmitteln ganz gewaltig auf allen Gebieten zurückgegangen. Unterernährung, Tuberkulose und andere verheerende Krankheiten sind die Folge. Die Arbeitskraft wird auf diese Weise verrüttelt. Wir verlangen gezielte Vorkehrungen gegen die Wucherpreise und bis dahin entsprechenden Schutz des Arbeitslohnes.

Abg. Frau Wurm (U.S.P.)

Abg. Semeter hat, als er von dem Antrag seiner Fraktion sprach, von der Ungerechtigkeit des Umlageverfahrens gesprochen. Er hat recht, das Umlageverfahren ist eine Ungerechtigkeit. Aber nicht in dem Sinne, wie er meint, sondern weil es die Versorgung der Bevölkerung nicht genügend garantiert und weil es eine viel zu geringe Menge erzielt. Er hat von der Regierung die Aufhebung verlangt, daß dieses Versehen der Zwangswirtschaft beseitigt wird. Er hat versichert, daß einer Wiederaufrichtung der Zwangswirtschaft seine Fraktion den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wird, weil die Landwirte nicht gewillt seien, sich noch einmal die

unwürdige Behandlung der Zwangswirtschaft gefallen zu lassen. Es war nicht unwürdig, daß die Landwirte gezwungen wurden, abzuliefern, unwürdig war es, daß Frauen und Kinder bei den Landwirten betteln mußten um ein Brot, um ein bißchen Roggen, um Mehl und Kartoffeln. Unter Antrag, die Reklamation von 200 auf 200 Gramm heranzuführen, ist wirklich außerordentlich bescheiden. Die Ernte ist eine durchaus gute, so daß gar kein Grund vorliegt, die Menge des Umlagegetreides nicht zu erhöhen. Es ist genau das eingetroffen, was wir bei Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert haben: Steigerung der Lebensmittelpreise ins Ungemeine. Wir fragen den Reichsminister für Unterernährung (Heiterkeit!), was er getan hat, der Unterernährung zu begegnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat gestern an auffälliger Stelle ein Inserat gebracht, das sehr zu denken gibt. Es sei nicht möglich, für eine Heilanstalt für Kriegsbeschädigte im Südbayern für irgendein Geld Kartoffeln zu bekommen. Welcher deutschen Landwirt wird der Heilanstalt für Kriegsbeschädigte solche zur Verfügung stellen? Die Vorschriften gehen dahin, die Weltmarktpreise auch für die Kartoffeln zu erlangen. Deutschland, stets ein Kartoffel ausführendes Land, hat heute nicht genug, um die Bevölkerung zu versorgen. Das glaubt ja niemand, auch wer uns erzählt, daß Kohlenmangel oder Mangel an Wagnis die Kartoffeln hervorgerufen haben. Diese Geschichte läuft darauf hinaus, auch die Eisenbahnen unter private Ausbeutung zu stellen. An dem Kartoffelmangel ist der böse Wille schuld. Deshalb verlangen wir die Hebertragung des Getreideumlageverfahrens auf die Kartoffel.

Die „Chemischer Allgemeine Zeitung“ hat berichtet, daß von dem vorigen Getreidejahr 100 000 Doppelzentner Kartoffeln angehalten wurden, die nach Herbsthal gehen sollten. Sollte das zutreffen, so ist das ein weiterer Beweis, daß es hohe Zeit ist, ein Ausverweh für Kartoffeln zu erlassen. Wir sind jetzt glücklich so weit, daß die Verbraucher 100 Mark für den Zentner Kartoffeln zahlen müssen. An manchen Stellen kommen sie im Einzelverkauf bereits auf 120—130 Mark. Die Landwirte sind sich wohl in der Lage, die Kartoffeln zu einem Preise von 30 Mark abzugeben, wie wir es verlangen. Selbst die dem Herrn Ernährungsminister nahestehenden Gewerkschaftsverbände fordern, daß der Preis für Kartoffeln auf 15 Mark festgesetzt werde. Wir wollen sehen, was der Herr Ernährungsminister angesichts dieser Forderung seiner eigenen Gesinnungsgenossen unternimmt.

Gegenwärtig zeigt sich ein

Sturm auf alle möglichen Waren.

Wer Geld hat, hamstert sinnlos, ohne zu bedenken, daß damit die allgemeine Not noch erhöht wird. Auch die Zuckerpreise sind gewaltig in die Höhe gegangen. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft haben sich die Preise um 200—300 Prozent erhöht. Für 5 Mark das Pfund ist Zucker zu haben, aber nicht zu normalen Preisen. Dabei haben wir 23 Millionen Zentner Verbrauchsbedarf, 40 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Wir fordern daher, daß an Stelle der Freigabe von einem Sechstel mindestens ein Drittel des Verbrauchsbedarfes freigegeben wird, damit die Bevölkerung endlich einmal zu Zucker kommt. Behnlich wie beim Zucker steht beim Kaka. Was nützen alle Säuglingsfürsorgeeinrichtungen, was alle Wohnsichtbestrebungen, wenn nicht einmal Milch und Zucker den Kindern gegeben werden kann. Bei Butter, Margarine,

Überall dieselbe Preissteigerung.

Die Fleischpreise sind bereits auf 600 bis 700 Mark Lebensgewicht angelangt. Die Bewucherung ist so hoch gestiegen, daß man sich wundern muß, wenn die Bevölkerung immer noch Ruhe bewahrt. Gleichzeitig muß man sich wundern über die Ruhe der Reichsregierung, der es nicht einfällt, einzugreifen. Wenn es zu Unruhen kommt, so ist es die Regierung, die diese Unruhen provoziert hat. (Sehr wahr!) Betrachten wir den ganzen Komplex der Preissteigerungen, so müssen wir zu dem Schluß kommen, daß wir sehr schweren Zeiten und Kämpfen entgegengehen. Entschlossen ist die Regierung nicht zum Eingreifen, muß sie sich auf härteste Kämpfe gefaßt machen. Wird der kleine Schritt, der durch unseren Antrag gewiesen ist, nicht getan, beweist die Regierung, daß sie nicht daran denkt, andere Wege einzuschlagen. Hätten die beschlenen Klassen eine

Spur von Verantwortlichkeitsgefühl

gegenüber dem Volke, so hätten sie alles daran gesetzt, die Bevölkerung zu versorgen, um endlich dem Leidenswege des Volkes ein Ende zu bereiten. Sie tun aber das Gegenteil. Ihre Absicht ist, die Republik zu diskreditieren. (Sehr wahr!) Greift die Regierung nicht ein, trifft sie die Verantwortung für Unruhen und Ausschreitungen. Stimmen Sie unserem Plane zu, dann wollen wir glauben, daß die Regierung

das Wort des Reichskanzlers Wirth

wahr machen will, als er sagte, wenn es zur Entscheidung zwischen Bürgerum und Proletariat komme, er nicht zögern würde, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen. (Bravo bei den U.S.P.) Reichsminister Hermes: Der Auffassung, daß die Preisentwertung auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft zurückzuführen ist, kann sich die Regierung nicht anschließen. Schuld ist die Entwertung der deutschen Mark. Dem Abgeordneten Wurm erwidere ich nur, ich weiß mich frei von aller Furcht vor der Landwirtschaft, aber ich weiß mich auch frei von der Furcht vor dem Schlagwort, von der Furcht vor der Phrasen. (Stürmische Zurufe links: Unerhörbar! Unerhörbar! — Der Präsident rügt diesen Zuruf.) Verstärkung der Wagenstellungen, Ausschaltung der wilden Aufwäler, Konzentrierung des Handels mit Kartoffeln, Bekämpfung des Wuchers: Eine lauthörigste Verbesserung der Kartoffelversorgung darf hierin nicht erwartet werden, da sie nicht an die Wurzel des Übels greifen, an die Marktentwertung. Die Debatte wird auf Antrag Krähig abgebrochen.

Der Vizepräsident Nießer verliest ein Telegramm des Zentralbetriebsrats der Deutschen Werke, in dem dieser aufs schärfste gegen die Ausführungen des Abg. Krähig (Komm. Fraktion) protestiert, da letzterer in keiner Weise noch Plaudereien in den Deutschen Werken heraufstellen werden sollen.

Abg. Roemer (Komm.) verliest das Stenogramm und stellt fest, daß Krähig keine bestimmten Tatsachen wiedergegeben habe. Nächste Sitzung Donnerstag, 17. November.

Die Abrüstungskonferenz

Sundjåhe über die Rechte der Staaten

22. Washington, 11. November.

Präsident Harding hat die Grundzüge der Abrüstungskonferenz in einer Erklärung festgelegt, die er den Journalisten gegenüber abgab. Diese lautet:

1. Eine engere internationale Zusammenarbeit ist erforderlich. Ohne daß Amerika dem Völkerverbande beitrete, würde es sich doch dessen Wirken nicht entgegenstellen vorausgesetzt, daß sich dieses auf Europa beschränkt. Wo es einer engeren internationalen Zusammenarbeit bedarf, wird man die Mittel dazu in persönlichen Zusammenkünften nach der Art der Washingtoner Konferenz finden.

2. Obgleich die Vereinigten Staaten energischer Anhänger der politischen Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit Chinas sind, halten sie es für notwendig, in genau abgegrenzten Grenzen den Ansprüchen Japans Rechnung zu tragen, damit dieses sich außerhalb seiner Grenzen auszudehnen instande ist. Die Schwierigkeit wird aber die Frage sein, unter welchen Bedingungen und bis zu welchem Grade eine solche Ausdehnung Japans vor sich gehen könnte.

3. Bei der Festlegung der Grenzen der Abrüstung muß die Abhängigkeit Englands von der übrigen Welt betreffs der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen berücksichtigt werden.

4. Die Lage Frankreichs muß in Betracht gezogen werden, damit Frankreichs Befürchtungen beseitigt werden. Der Garantievertrag zu dreien (Amerika, England, Frankreich) kann nicht wieder aufleben, unter welcher Form es auch immer sei. Aber Amerika kann, wenn der Augenblick geeignet ist, Frankreich dadurch unterstützen, indem es auf Deutschland einen Druck ausübt.

5. Die zu weit gehenden Hoffnungen der radikalen Pazifisten dürfen keine Ermutigung erfahren, insbesondere nicht in der Richtung einer etwaigen vollständigen Unterdrückung der Rüstungen.

6. Wenn diese Konferenz keinen Erfolg haben sollte, so wird sie doch wenigstens den Zweck gehabt haben, die Hindernisse für den allgemeinen Frieden offen zu legen und jene Mächte, die für diese Hindernisse die Verantwortung tragen.

Gegen den Kartoffelwucher

Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat einen Rundschreiben herausgegeben, der die Kartoffelverlorgung und die Kartoffelpreise betrifft. Ohne Anlaß seien die Preise sprunghaft in die Höhe gegangen. Die Ernte an Kartoffeln betrage 26 Millionen Tonnen, der Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung dagegen nur 8 Millionen Tonnen. Unter normalen Verhältnissen sei eine Knappheit also nicht zu befürchten. Auch die bisher durch den Wagenmangel verursachten Missetände seien beseitigt. Dem Verdacht auf Verschlebung von Kartoffeln in das Ausland werde aus dem eingegangenen nachgegangen.

Dennoch seien die Preise höher gestiegen als unter Berücksichtigung der Entwertung des Geldes und der gestiegenen Kosten als zulässig gelten könne. Zur Abhilfe dieser Verhältnisse seien Höchst- und Richtpreise nicht zu empfehlen. Dagegen dürfe eine nachdrückliche Bestrafung in den Fällen, in denen Wucher nachgewiesen werde, notwendig sein. Die Strafverfolgungsbehörden seien erneut angewiesen worden, auf die Bestrafung in solchen Fällen hinzuwirken. Im übrigen Teil des vorliegenden Rundschreibens werden ähnliche Anweisungen an die Verwaltungs- und Polizeibehörden gegeben.

Bezugnehmend auf diesen Rundschreiben hat gleichzeitig der preussische Justizminister an sämtliche Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte eine Verfügung ergehen lassen. Der Justizminister ordnet an, daß, soweit nach dem Rundschreiben ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen Preisstreberei in Frage kommt, zu einem energischen und schnellen Vorgehen geschritten werden soll.

Hoffentlich bleiben das alles nicht nur schöne Worte und leere Demonstrationen zur Beruhigung der mit Recht erregten Bevölkerung.

Lewald gegen die Regierung

Der bisherige Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Lewald, einer der lebhaftesten Bureaukraten der kaiserlichen Regierung, ist auf Initiative des neuen Ministers Dr. Köster in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Herr Lewald hat sich veranlaßt gefühlt, wegen dieser Tatsache vor die Öffentlichkeit zu treten. Er erklärt, erst durch die V. V. R. von seiner Entlassung Kenntnis erhalten zu haben. Obgleich ihm der Kanzler keine Unentschuldlichkeit attestiert habe, habe Köster am gleichen Nachmittag erklärt, nicht mit ihm zusammen arbeiten zu können.

Die Regierung stellt demgegenüber fest, daß diese Angaben unecht sind. Der Reichsminister des Innern habe vor der Veröffentlichung eine Unterredung mit Lewald gehabt, in der er ihn nicht in Zweifel über seine weitere Unverwendbarkeit gelassen habe. Diese Mitteilung sei im völligen Einvernehmen mit dem Kanzler erfolgt.

Die ganze Angelegenheit wäre keiner Erwähnung wert, wenn Herr Lewald nicht zum Delegierten in der oberdeutschen Kommission ernannt wäre, von derselben Regierung, die ihn nunmehr als unwahrhaftig bezeichnet. Man wird hoffentlich sehr Anlaß nehmen, diesen gefährlichen Vertreter überlebter Anschauungen endgültig aus dem Staatsdienst zu entfernen.

Kleine Nachrichten

Kommunistische Schießereien. Der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke U.S. in Spandau richtete an den Reichstag folgendes Telegramm: „Mit Bestreben haben der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte der Deutschen Werke von den Ausführungen des Abg. Krähig Kenntnis genommen. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte stellen einstimmig — mit Einschluss der Kommunisten — fest, daß die Ausführungen des Abg. Krähig über die Umleitung der Deutschen Werke in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. In den Werken werden weder Kriegsmunition noch Kriegsmunition angefertigt. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte protestieren entschieden gegen die entstellende und arbeiterschädigende Darstellung.“

Der Frieden mit Amerika. Die Ratifikationsurkunden zu dem am 28. August 1921 von den Bevollmächtigten Deutschlands und den Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichneten Vertrag sind Freitagabend im Auswärtigen Amt ausgewechselt worden. Damit ist der Vertrag in Kraft getreten und der Friedenszustand wieder hergestellt.

Der englische Kassenhandel. Der Wert der englischen Einfuhr betrug im Oktober 84 741 852 Pfund Sterling, gleich einer Verminderung um 84 880 206 im Vergleich mit dem Monat Oktober des Jahres 1920. Der Wert der Einfuhr betrug für den ersten Monat 82 265 379, was eine Verminderung von 50 070 000 Pfund Sterling darstellt. Der Wert der Ausfuhr betrug 10 856 811 Pfund Sterling, gleich einer Verminderung um 8 747 946 Pfund Sterling.

Die Folgen mangelnden Interesses

Zum Lohnkampf in der Kommune

Wir erhalten von einem städtischen Arbeiter folgende Zuschrift:

„Als Mitglied des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter möchte ich zu unserem Lohnkampf auch ein Wort bemerken. Kaum waren die Forderungen der städtischen Arbeiter bekannt, so drachten schon die bürgerlichen Blätter Artikel über die unerhörten „Millionenforderungen“ der städtischen Arbeiter. Das ist deshalb besonders auffällig, weil bei den Forderungen der Beamten, wo doch etliche Millionen Mark mehr in Frage kommen, sich die bürgerliche Presse nicht aufregt. Hier hört man nichts von unerhörten Forderungen, die Vorlage wird einfach auf dem schnellsten Wege beraten und nachher mit wenigen Abstrichen bewilligt. Weshalb wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Haben die Arbeiter nicht das gleiche Recht, sich zu sättigen und zu kleiden?“

Ich bin in einer städtischen Anstalt beschäftigt und erhalte monatlich mit allen Abzügen an Steuern, Kranken- und Invalidengeld rund 1300 Mark. Bei der gegenwärtigen Preissteigerung reicht diese Summe für eine Familie nicht einmal aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, geschweige denn, um sich noch Anschaffungen zu machen. Wo bleibt die Kleidung, das Schuhwerk, die Wäsche? So wie mir geht es aber den meisten städtischen Arbeitern, wir sind nicht imstande, uns für den kommenden Winter, der schon mit einer recht anstößigen Kälte einzieht, auch nur mit dem Notwendigsten an Winterkleidung zu versehen, während die Angehörigen des Bürgertums auf ihrem Körper ganze Verzehrendungen spazieren tragen.

Die geforderten 1000 Mark reichen kaum aus, auch nur das Notwendigste anzuschaffen, und trotzdem spricht die bürgerliche Presse von unbilligen Forderungen. Wenn bei den Beamten für die Mehrausgaben Deduktion gefunden wird, so muß ebenfalls für unsere Forderungen Deduktion gefunden werden; denn wir befinden uns in einer noch größeren Notlage.“

Was der Einsender über die Haltung der bürgerlichen Presse schreibt, ist sehr richtig. Es erweckt z. B. ohne weiteres einen arbeiterfeindlichen Eindruck, wenn die „F. Z.“ am Mittwoch von „Millionenforderungen“ der städtischen Arbeiter spricht. Bei dem ununterrichteten Leser muß das den Eindruck erwecken, als ob die Arbeiter ungeheure Summen forderten, während auf den einzelnen nur eine ganz minimale Erhöhung seiner unzureichenden Bezüge kommt. Die städtischen Arbeiter sollten aber endlich einmal aus dieser Tarnschleier die Lehre ziehen, daß in ihre Wohnung nicht Morgenrot, Lokal-Anzeiger und ähnliche Organe gehören, sondern die Arbeiterpresse, von der sie allein eine Vertretung ihrer Forderungen und Interessen erwarten können. Wir haben in Berlin ungefähr 70000 städtische Arbeiter, davon liest aber nur ein Bruchteil die Arbeiterpresse. Wann wird das anders?

Der Bericht über die Kundgebung des Deutschen Städte-Tages hat wohl gezeigt, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage der Gemeinden — hier befindet sich der Einsender in einem Jertum — auch für die berechtigten Forderungen der Beamten nicht ohne weiteres Deckung vorhanden ist. Es ist natürlich richtig, daß bei den bürgerlichen Parteien eine größere Reue besteht, eine bessere Besoldung insbesondere der höheren Beamten rascher durchzuführen als die Höhe der Arbeiter und unteren Beamten zu erhöhen. Diese Erscheinung darf aber nicht den Blick für die tatsächlichen Finanzverhältnisse in den Gemeinden trüben. Kriegswirtschaft, Geldentwertung und Reichsteuer-Gehobung haben das Jertum dazu getrieben, die Finanzen der meisten Gemeinden vollständig zu zertrümmern. Reichs- und Landesgesetzgebung gestatten ja auch den Gemeinden gar nicht, neue Steuerquellen, insbesondere beim besitzenden Bürgertum, zu erschließen. Selbst wenn, wie das in Berlin der Fall war, sozialistische Parteien Reichsteuervorlagen in der Kommune einbringen, so gibt es noch immer dank der veralteten Verfassung und der Landessteuergesetze vorgelegte Behörden, die die Interessen des besitzenden Bürgertums wahren. Diese Zusammenhänge müssen auch die städtischen Arbeiter einsehen, und sie können an ihrem Teile sehr viel dazu

beitragen, daß den Gemeinden die neuerliche Autonomie und damit die Möglichkeit gegeben wird, neue Einnahmequellen ohne Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung zu erschließen. Bei den Wahlen zu den politischen Körperschaften, besonders bei der letzten Stadtverordnetenwahl, zeigt sich aber, daß das Bürgertum seine Interessen besser zu vertreten versteht als die Arbeiter. In Wilmersdorf-Zehlendorf, einem rein bürgerlichen Wahlbezirk, betrug die Wahlbeteiligung 77 Prozent, in dem reinen Arbeiterbezirk Wedding nur 65 Prozent. Die Interessen der städtischen Arbeiter werden in den städtischen Körperschaften in demselben Maße gewahrt, in dem die Arbeiter für eine Vertretung gesorgt haben. Wer — auch unter den Arbeitern — Knüttel-Kunze wählt, wie so manche Spandauer Arbeiter, der darf auch nichts anderes als Prügel erwarten.

Eine übereilte Maßnahme

Die Arbeiter der städtischen Gaswerke in Charlottenburg haben nach ergebnislosem Verlauf des Ultimatums an den Magistrat beschlossen, einstweilen in passiver Resistenz zu verharren, das heißt alle in den Gaswerken anwesend, aber nur die dringendsten Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Infolgedessen muß der städtischen Beleuchtung vorläufig eingestellt werden. Auch die Hausbeleuchtung wird in Mitleidenschaft gezogen, so daß gänzlichfalls die Bewohner des ersten und zweiten Stockwerkes notdürftig mit Gas beheizt werden. Der Betriebsrat wurde darauf hingewiesen, daß nur für volle Arbeit Lohn gezahlt werden könne, die Gewerkschaft sei mit diesem wilden Streik nicht einverstanden. Außerdem fehle auch die Zweidrittelmehrheit, die für einen Streik erforderlich sei. Die städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerke sind nach wie vor in vollem Betrieb.

Die Belegschaft der Charlottenburger Gaswerke hat sich wohl die Wirkung dieses Beschlusses nicht ganz durchdacht. Einmal hat den Schaden davon in erster Linie die arbeitende Bevölkerung Charlottenburgs, die früher als zwei Städte wohnt; zum anderen ist aber zu dem Ultimatum eines grundsätzlichen zu lagen.

Dem Vorgehen der Belegschaften der Gaswerke in Charlottenburg hatten sich in der zweiten Nachmittagsstunde die Arbeiter der Gasanstalten Schmögenberg und Lichtenberg angeschlossen und ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen waren gestern abend die westlichen Bezirke, Charlottenburg, Wilmersdorf, sowie Lichtenberg in Dunkel gehüllt, soweit die Strohhütten mit Gasbeleuchtung versehen sind. Auch in den Privathausanlagen war die Gaszufuhr abgeschnitten. In den stillgelegten Werken werden die Notstandsarbeiten ausgeführt.

Es wird von dem Gesamtbetriebsrat nach Äußerungen in der Presse anheimend als Verschleppung empfunden, daß der Magistrat zur Abgabe einer Erklärung über die Auszahlung erst der Genehmigung der Stadtverordneten bedarf. Diese Bestimmung entspricht durchaus dem sozialistischen Interesse und einer alten sozialdemokratischen Forderung, die auch erfüllt werden muß, wenn sie vielleicht eine Regelung im Interesse der städtischen Arbeiter auf einige Tage verschieben. Es handelt sich hier um einen Grundlag, dessen Innehaltung durchaus im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegt.

Krankenkassen und Ärzte

Ein im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D., Wirklichen Geheimen Rats Dr. Caspar, zusammengetretenes Schiedsgericht hat in dem Streit zwischen den am Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 beteiligten Hauptverbänden der Ärzte und Krankenkassen über die Vergütungssätze für die ärztlichen Leistungen einen Schiedspruch gefällt. Danach ist vom 1. August bis 30. September 1921 auf die erfolgte Zahlung für Arztbesuche ein nachträglicher Teuerungszuschlag von 30 v. H. zu leisten. Von diesem Tage ab soll für Beratungen in der Wohnung des Arztes ein Honorar von 5,50 Mark, für Besuche in der Wohnung des Kranken ein solches von 11 Mark (gegenüber 4 und 6 Mark nach dem älteren Schiedspruch vom 2. Juni 1920), für Sonderleistungen ein Zuschlag von 40 v. H. zu den Mindestsätzen der neuen preussischen Gebührenordnung gezahlt werden. Weitere Zuschläge von 30 bzw. 40 v. H. sind für die Wegegebühren vorgesehen, ebenso Zuschläge von 30 und 50 v. H. auf die Gebühren wegen Zeiteräumnis. Die neuen

Sätze sollen auch für die Behandlung der Familienangehörigen sowie für alle Fälle der Wochenhilfe und der Wochenfürsorge gelten. Die Erklärung der Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches muß bis zum 16. d. M. abgegeben werden.

Die Schupo bei der Arbeit

Durch Verfügung vom 15. April hatte der Polizeipräsident von Berlin die öffentliche Vorführung der „Rester Woche Nr. 13“ im Landespolizeibezirk Berlin auf Grund des preussischen allgemeinen Landrechts 11. 10. 1. § 17 verboten, weil die dort wiedergegebenen Ausnahmen geeignet gewesen seien, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Es handelte sich bei diesem Film um Bilder vom Kommunistenputsch in Mitteldeutschland und dem bestialischen Morden, das die Schupo bei dieser Gelegenheit ersaßte. Gegen diese Verfügung des Polizeipräsidenten hatte die Firma Rester Woche an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und Berlin erhoben. Der Oberpräsident hat diese Beschwerde jedoch zurückgewiesen, mit der Begründung, daß die Ortspolizeibehörden als berechtigt angesehen werden müßten, die Vorführung von solchen Filmen, die von den Reichsfilmprüfstellen für das Deutsche Reich zugelassen worden sind zu verbieten, wenn besondere Ausnahmefälle vorliegen, in denen die dringende Gefahr bestehe, daß durch die Vorführung erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit hervorgerufen werden.

Gegen diese Entscheidung des Oberpräsidenten hat die Firma Rester Woche beim preussischen Oberverwaltungsgericht erhoben, das Termin zur mündlichen Verhandlung auf den 15. Dezember anberaumt hat.

Tödtliche Unfälle. Gestern morgen war der 42 Jahre alte Bahnarbeiter August Siege zwischen Stellwerk und Bahnhof Schönhauser Allee mit Bauarbeiten beschäftigt. Dabei wurde er von einem herandräufelnden Stadtbahnzug erfasst und überfahren. Man trug den Schwerverletzten nach der Wartehalle des nahen Bahnhofes, wo ein herbeigerufener Arzt nur noch den tödlichen Schädelbruch eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung. — Gestern vormittag waren der 40 Jahre alte Maurer Ernst Pieper, wohnhaft Bahstr. 75 und der 39jährige Maurer Kamischke aus der Schönstraße 50 in Weihensee, auf dem Grundstück Schönstraße 74/76 in Weihensee mit dem Bau von Rauchsauganlagen beschäftigt. Plötzlich brach ein 4 Meter langer und etwa 40 Zentimeter starkes altes Baufundament zusammen und schloßerte die beiden an dieser Stelle beschäftigten Maurer gegen einen Rauchsaugkanal. Pieper erlitt so schwere Quetschungen, daß er bereits auf dem Transport nach dem Augustaviktoria-Krankenhaus verstarb. Kamischke kam mit weniger schweren Verletzungen an den Unterarmen davon.

Direkte Straßenbahnverbindung Lichtenbergs mit Johannisthal. Ab 1. Januar 1922 werden die Wagen der Linie 85 vom Alexanderplatz durch die Frankfurter Allee über Friedrichsfelde nach Johannisthal verkehren — diese Linie früher, allgemeinen Wünschen entsprechend, nach Ausbau der verlängerten Kaiser-Friedrichstraße in Neudölln, bis Baumschulweg zu einem Bus zu schließen. Ein anderes Projekt, das eine direkte Verbindung des industriereichen Lichtenberger Nordgebietes mit Friedrichsfelde vorsieht, wird zu gegebener Zeit ausgeführt werden.

500 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5,80 M. (7,25 M. je Kilogramm) auf Abschnitt 14 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 12. bis 26. November: a) in den durch blaue Ausschleisschen kenntlich gemachten Verkaufsstellen, b) in den Verkaufsstellen der Meierei E. Bolle, c) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenwirtschaftsvereins für deren Mitglieder Kleinhändler, die Mehl auf Marken verabsorgen, das nicht vom Magistrat Berlin geliefert worden ist, haben strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

Museumsführungen durch Direktoralbeamte finden am nächsten Sonntag (13. November), 9 1/2 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Museum (nordwestliche Abteilung und italienische Gemälde) und im Altem Museum (Abteilung: Antike Bildwerke) statt.

Eine Kfz-Kassette gefunden mit Hofe. Abgeholt bei Herfer, Wiesenstraße 11. — Briefkäse mit Inhalt und Papiere im Hause Rigaer Straße 74 gefunden. Abgeholt bei A. Oplig, Rigaer Straße 74.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“. Die Anteile für die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ werden im Hause der Verlagsgenossenschaft, Berlin C 2, Breite Str. 84, Zimmer 13 abgerechnet. Das genannte Bureau ist zu diesem Zweck bis auf weiteres täglich, mit Ausnahme von Sonnabend, bis 8 Uhr abends geöffnet.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Herz

Copyright 1921 bei Grellmann & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(12. Fortsetzung.)
Er verzehrte etwas ruhiger:
„Ja, vor dem Kriege... Ich stand so mitten im Betrieb.“
„Und jetzt?“
„Jetzt?...“
Er zögerte:
„Etwas ist in mir, etwas Neues...“
„Was denn?“
„Ich weiß es noch nicht. Ein Bedürfnis nach... nach... Aufrichtigkeit... Die Literatur doet mich an. Ich fühle mich nicht mehr geeignet, die Leute zu unterhalten...“
Frau Réal verzog die Lippen:
„Sehr schön, lieber Freund, wir wollen nur versuchen, bei deinem neuen Programm nicht zu verhungern...“
Als er allein war, wurde er nachdenklich. Wie sollte er seinen Drang nach Unabhängigkeit mit den Pflichten eines Familienvaters in Einklang bringen?
Er nahm einen alten Plan vor, der in seiner Einfachheit zum mindesten nichts Entwürdigendes hatte. Ja, für „Die Familie“ würde es sich machen lassen.
Jedesmal, wenn er an diese kleine Geschichte heranging, hatte er das Gefühl, vor einem Tellerchen lauwarmer Suppe zu sitzen. Wie wurde man schnell fertig? Vielleicht einer Stenotypistin mit der ganzen Nützlichkeit diktieren, die er bei seinen Vorträgen bewiesen hatte? Guter Gedanke!
Ihm fiel ein, daß ihm seine Schwester, Frau Baravère, jüngst gesagt hatte: „Wenn du eine Stenotypistin brauchst, ich kenne ein höchst empfehlenswertes Persönchen.“
Er hob den Hörer auf.
„Hallo! Einste 5027! Hallo! Ist Frau Baravère zu Hause? Ihr Bruder ist am Apparat... Hallo! Bist du's, Julchen? Sag mal, ich suche eine Stenotypistin, da dachte ich an jenes junge Mädchen... Warte, ich schreibe die Adresse auf. Danke. Sie ist doch vertrauenswürdig, wie?.. Schön, schön. Und die Rechtschreibung beherrscht sie doch auch?.. Donnerwetter, so geschickt ist sie? Das kann ich ja gar nicht verlangen. Und ihre Herkunft? Waise schon mit zwölf Jahren. Armes Ding. Schweißig, so alles auf einen Streich zu verlieren. Und jetzt, wie alt ist sie? Vier-

undzwanzig, das läßt sich hören. So? Und seit wann ist ihr Bruder tot? Seit einem Jahr erst? Ach, weißt du, das wundern mich nicht, denn wer die Gase von 1917 zu kosten bekommen hat, der war von Grund aus... Also wäre das ihre erste Stellung? Nein, nein, ich bin ganz unbesorgt, wenn sie klug ist, guten Willen hat... Du übernimmst doch die Verantwortung? Wenn du für sie bürgst wie für dich selbst, so fällt mir die Entscheidung nicht schwer, das kannst du dir denken. Ich schreibe ihr gleich einen Rohrpostbrief. Und vielen Dank.“

8

Yvonne Vidal

Am nächsten Tag erschien bei Réal ein junges Mädchen, das ihm beim ersten Anblick einen günstigen Eindruck machte. Schwarzes, kurz ver schnittenes Haar, Löschchen, die sich auf beiden Seiten des Hutes ins Gesicht ringelten; eine matte, blasser, ganz glatte Haut; sehr lebhaft Augen; Nase und Mund ebenmäßig gemalt. Das schlanke Persönchen erschien in einem schwarzen, mit kleinen Knöpfen geschmückten Tuchkleide. Sie hatte gleichzeitig etwas Schüchternes und Entschlossenes. Als sie leicht lächelte, zeigte sich zwischen ihren Lippen eine feine, sehr weiße Linie.
„Nehmen Sie gefälligst Platz, mein Fräulein!“
„Besten Dank.“

Auf ihren Anien hielt sie eine abgenützte kleine Ledertasche. Sie suchte, sie in ihren Händen zu verbergen. Réal bemerkte, daß ihre Finger, die in Stoffhandschuhen steckten, schlant und spitz waren.

Kurzes Schweigen. Réal stellte einige Fragen, die Yvonne bescheiden, doch ohne Verlegenheit beantwortete.

Während sie sprach, dachte Réal: „Sie ist reizend. Und wenn ich zehn Jahre jünger wäre...“

„Herr Réal,“ meinte sie, „ich glaube, wir sollten einen Versuch machen, bevor wir abschließen. Sie werden ja dann sehen, ob ich Ihnen genüge.“

„Ganz richtig... Warten Sie, wollen Sie sich vielleicht an meinen Schreibtisch setzen?“

Als er mit der stenographischen Anlage beginnen wollte, zögerte er. Es war ein Anfall jener plötzlichen Unruhe, die ihn heimlich suchte, wenn ihm nach einem Vortrag ein Mädchen ertönd ein Autographenbuch darbot. In solchen Fällen stand ihm nur eine Abersheit zu Gebote. Und Yvonne Vidal blickte mit sehr klugen Ausdruck nach ihm hin. Sie beunruhigte ihn ein wenig.

Wom Wünsche getrieben, seiner selbst würdig zu bleiben, diktierte er:

„Im Lustspiel ist der letzte Akt gewöhnlich etwas zu lang — trotz seiner Kürze. Er führt auf den Wegen des gesunden Menschenverstandes zur Lösung; er enthält nichts als den Ausdruck gegenseitigen Wohlgefallens an dem sich die Zuschauer beteiligen, wobei sie an ihre Garderobe denken. Die Abenteuer des Herzens enden auf dieselbe Art.“

Fräulein Vidal's Stift war mit solcher Eile über die Seite geflossen, daß er im selben Augenblick stillstand, als Réal das letzte Wort aussprach.

„Wie?“ rief er erstaunt, „schon fertig?“

„Selbstverständlich.“

Sie sahen einander in die Augen. Sie war froh, daß ihre Fähigkeit sofort erkannt war, er war vergnügt über die Sicherheit, keine Enttäuschung erwarten zu müssen. Er fragte:

„Und Sie können das ohne besondere Mühe lesen?“

Sie wiederholte den Satz ohne Anstoß.

„Vortrefflich... Also, mein Fräulein, wir können anfangen, sobald es Ihnen beliebt.“

Er fragte noch, als sie sich erhob:

„Und... die Bedingungen?“

Sie zögerte, peinlich berührt durch die Notwendigkeit, diese Frage zu berühren. Sie ertödete.

Auch Réal fühlte sich unbehaglich. Dieses junge Mädchen hatte so wenig von einer gewöhnlichen Angestellten. Er erkannte in ihr einen feinen Geist, ein zartes Gefühlleben. Wie sollte man von Zahlen sprechen, ohne das sie sich als die Entlohnung fühlen mußte?

Endlich fand sie einen Ausweg:

„Ich habe eine Freundin, die Stenotypistin ist.“

„Ah, und was verlangt diese?“

„Zweihundertfünfzig Franken monatlich für die Vorträge von neun bis zwölf.“

„Recht so. Wir sind völlig einig. Wann wollen wir beginnen?“

Sie erwiderte erleichtert:

„Ich bin ganz frei.“

„Also morgen um neun?“

„Sehr gern.“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Nachtträgliches zum Streit im Gastwirts-gewerbe

Wir haben uns bereits gestern mit den Nachklängen des Streits der Gastwirtsangehörigen beschäftigt und auf die Unmöglichkeit der hohen Vorwürfe, die sich insbesondere gegen die Berliner Gewerkschaftskommission richteten, hingewiesen. Im gestrigen Abendblatt erhebt die „Rote Fahne“ den gleichen Vorwurf und erklärt, die Gewerkschaftskommission hätte Furcht vor der eigenen Courage bekommen und wagt nicht, ihr Wort einzulösen.

Dazu ist nun kurz folgendes zu sagen: Der Generalfstreik wurde angedroht für den Fall, daß die Unternehmer jede Verhandlung mit den Streikenden ablehnen. Es kam aber nun zwischen den Parteien die Vereinbarung zustande, daß sie sich einem Schiedsspruch unterwerfen. Der Schiedsspruch wurde angenommen und mithin hatte die Gewerkschaftskommission gar kein Recht mehr, zu einem Generalfstreik aufzurufen. Sie hätte damit ihr Mandat überschritten. Das sind die Tatsachen und die kennt auch die „Rote Fahne“. Aber diesen Leuten sind die Felle laß weggeschwommen, deshalb treiben sie jetzt politische Demagogie und verheizen die Arbeiterchaft. Wir hoffen, daß dies verächtliche Treiben die Massen nicht betören wird.

Ueber den Stand der Angelegenheit ist folgendes zu berichten: Der Schiedsspruch sollte den Frieden im Gastwirts-gewerbe bringen. Daß das nicht der Fall ist, haben wir schon wiederholt betont. Die Arbeitgeber legen den Schiedsspruch in ganz einseitiger Weise aus und tragen dadurch ihr reibliches Teil bei, daß es unter den Angestellten immer wieder zu Gärten beginnt.

Bei den Verhandlungen für die Entlohnung des Hilfs-personals sträubten sich die Unternehmer nicht nur hartnäckig gegen jede Lohnaufbesserung, sondern sie haben es sogar fertig bekommen, wesentliche Verschlechterungen des Manteltarifes in bezug auf soziale Errungenschaften und Arbeitsvermittlung zu beantragen. Die lebenswürdigen Gastwirte wollen freie Hand erhalten in puncto Stellenvermittlung. Außerdem versuchen die Gastwirte, eine Sprengung des Lohnkartells herbeizuführen. Sie sträuben sich, mit dem Lohnkartell einen Einheits-tarif abzuschließen und äußern große Sehnsucht nach Tarifen für die einzelnen Gruppen.

Zur Befriedigung der sich aus dem Schiedsspruch ergebenden Streitfragen findet am 12. d. Mts. eine Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern statt, nachdem die Arbeitgeber dem Arbeitsministerium gegenüber die Erklärung abgegeben haben, daß sie bereit sind, dahin zu wirken, daß Maßnahmen von Betriebsräten und Vertrauensleuten nicht stattfinden dürfen.

Ueber den Ausgang dieser Verhandlungen werden wir berichten. Ueber Ausschreitungen von Streikbrechern berichteten wir unter anderem auch am 3. November, und zwar von Angestellten der Firma R. Koehel. Prompt bekamen wir eine sogenannte Berichtigung, die den prethegorischen Ansprüchen nicht genügt. In derselben werden teilweise Dinge bestritten, die wir nicht behauptet haben. Koehel erklärt, daß es nicht wahr sei, daß seine Leute überhaupt mit Eisenstangen und Schlagringen ausgerüstet waren. Sie hätten sich „nur mit der Peitsche und der Faust gegen die Angreifer gewehrt“. Nach eingehender Prüfung konnte festgestellt werden, daß die Angestellten der Firma Koehel auf die Streikposten losgingen, und daß die Behauptungen des Gewährsmannes in vollem Umfang aufrechterhalten werden können. Die betreffenden drei Juristen wurden auch nach der Wache gebracht, wo man ihnen die Schlagringe abnahm. Der eine wurde sogar in Haft behalten, weil man ihn — freudlosig suchte. Der Verband der Hotel-, Restaurant- und Cafésangestellten hat auch die Eisenstangen resp. Röhre, die diesem Juristen abgenommen wurden, in seinem Bureau aufbewahrt. Damit erledigt sich die „Berichtigung“.

Für die ausgesperrten und gemahregelten Gastwirtsangestellten findet Sonnabend 9 Uhr vormittags eine Versammlung in den Sophienhallen statt.

USP-Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, findet in der Schulaula am Ropenplatz eine wichtige Versammlung sämtlicher Funktionäre (Vertrauensleute, Betriebsräte, Mitglieder der Verwaltung, sowie Delegierte zur Generalfversammlung) statt.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage, 2. wichtige Parteiangelegenheiten. Mitgliedsausweis der USP und des Metallarbeiterverbandes legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U.S.P.D.

I. A. S. 5013

Der Streit bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist, wie uns von der Streikleitung mitgeteilt wird, gestern voll durchgeführt worden. Die Stimmung der streikenden Angestellten ist eine vorzügliche. Die Angelegenheit ist im Plenum des Reichstags ausführlich erörtert worden, jedoch haben die Ausschüsse der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Auffichtsbehörden zu dem Streit noch nicht Stellung genommen. Der Streikleitung sind von zahlreichen Verbänden Sympathiebekundungen zugegangen. Das Streiklokal befindet sich im Klötzchen, Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 24. (Telephon: 4740.)

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Die durch Beschluß der Generalfversammlung vom 19. August 1921 festgelegte Frist von 10 Wochen zur Leistung der Rufenhilfe ist verstrichen. Wir teilen unserer Kollegenschaft hierdurch mit, daß am Dienstag, den 15. November, der letzte Tag der Ausgabe dieser Rufen ist. Jeder Kollege und jede Kollegin ist durch obigen Generalf-versammlungsbeschluß verpflichtet, mindestens 10 Mark, Kollegen & 2 Mark und Kolleginnen & 1 Mark, zu leisten. Wir erwarten die reifliche Innehaltung dieses Beschlusses. — Die graphische Arbeiterchaft veranfaßt am Sonntag, den 13. November, vorm. 10 Uhr, in Brauerer Friedrichshain, eine Revolutionsfeier. Eintrittskarten zum Preise von 4 Mark sind in den Bureaus der 4 graphischen Verbände noch zu haben. Das Programm verspricht unserer Kollegenschaft durch die gute Zusammenstellung desselben einen großen künstlerischen Genuss. In jedem einzelnen Interesse ist daher der Besuch dieses Konzertes anzuraten. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, Hadgruppe: Bekleidung. Am Sonntag, den 13. November 1921, nachm. 5 Uhr, findet in den gesamten Räumen des Vergnügungspalastes Groß-Berlin, Hohenheide 13/15 (Kleines Festzelt), ein Herbst-Fest statt. Hervorragende Mitglieder der Staatsoper haben ihre Mitwirkung zugelegt. Einlaßkarten & 3 M. und 0,60 M. Steuer sind auf dem Bureau, Belle-Alliancestr. 7/10, und Kommandantentstr. 63/64 zu haben.

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Bauarbeiter. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Bezirksverein Berlin, teilt mit: Laut Beschluß der Delegierten-Generalfversammlung vom 10. November wird die Mitgliedschaft ausgerufen, und in diesem Jahre in eine Weihnachtsauszahlung zur Unterstützung der Arbeitslosen einzutreten. Die Sammellisten sind im Bureau des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, beim Kassierer, Kollegen Wartenberg (Zimmer 55) erhältlich. Den Bauselegierten wird es zur Pflicht gemacht, die Listen sofort in Empfang zu nehmen, und es wird erwartet, daß alle Mitglieder, die in Arbeit stehen, sich nach bestem Können an dieser Sammlung zu beteiligen.

Gutmacher. Eine am 7. d. M. stattgehabte Verhandlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in der Strohhut-industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ergab folgende Lohnherhöhung: für November 25 Prozent, ab 1. Dezember

30 Prozent (verlangt wurden 40 Prozent). Daher stellen sich die Löhne für Hutmacher für November auf 432,50, Dezember 448 M., für Arbeiterinnen und Garnierinnen für November 282,20 M., Dezember 303,20 M. Eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern neu gebildete Differenzkommission wird händig in Verbindung bleiben und Mithände und dergleichen umgehend regeln.

Fleischer. Alle Darmarbeiter und -arbeiterinnen in Hamburg stehen im Streit wegen Lohndifferenzen. Zugang ist fernzubalten. Zentralverband der Fleischer.

Betriebsrätekonferenz der Bergarbeiter

2. Verhandlungstag (Nachmittag) Die Nachmittags-sitzung beginnt mit einem Referat von Paul Umbreit-Berlin über

Schlichtungsordnung und Tarifvertrag.

Kobner weist eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß diese Gehehntwürde mit einer ganzen Reihe von Gehehnt, die den Arbeitsvertrag betreffen, zusammenhängen. Das mit der Revolution getommene neue wirtschaftliche Rechtsprinzip hat noch schwer mit Widerständen zu kämpfen, die nur durch positive Tätigkeit in den Gewerkschaften überwinden werden können. Die Koalitionsfreiheit darf aber nicht mißverstanden werden, sondern muß sich im Interesse der Allgemeinheit auswirken.

Die Schlichtungsordnung hat in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ihre Vorgänger. Eigenliche Schlichtungsinstanz wurde aber erst das Hilfsdienstgesetz, dessen einer Teil, die Schlichtungsausschüsse, sich über die Revolution hinaus erhielt und vom Rat der Volksbeauftragten neu geregelt wurde. Der von Schlichte vorgelegte Entwurf einer Schlichtungsordnung fand Ablehnung in Arbeiterkreisen. Der neue Entwurf sieht paritätische Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor. Unparteiische Geschäftsführer sollen von jeder Landesstelle gestellt werden. Doch kann auch der unparteiische Vorsitzende abgelehnt und ohne ihn verhandelt werden. Einzelstreitigkeiten sollen vor Arbeitsgerichten ausgetragen werden, Gesamtsstreitigkeiten aber vor den Schlichtungsstellen. Die Wahl der Beisitzer soll durch die Bezirkswirtschaftsräte erfolgen. Weiter sollen Revisionskammern gebildet werden. Darüber hinaus Revisionsenate. Die Schlichtungsordnung bringt den Verhandlungszwang, wogegen von Arbeiterseite wenig zu sagen ist. Der Schiedsspruch kann hinterher abgelehnt werden.

Die Unternehmer versuchen Strafbestimmungen in den Entwurf hineinzubringen, die aber abgelehnt wurden. So enthält der Entwurf nichts, was nicht schon vorher Praxis in den Gewerkschaften gewesen wäre. Anders ist es mit der behördlichen Kontrolle der Abstimmlung, wenn lebenswichtige Betriebe in Frage kommen. Die da von den Unternehmern geforderte Frist von 8 Tagen, die zwischen Abstimmung und Streit liegen sollten, wurde durch uns auf 3 Tage herabgesetzt. Kobner unterläßt eingehend Vorteile und Schäden des Entwurfs und empfiehlt zum Schluß die Annahme desselben. (Unser Stellungnahme zur Schlichtungsordnung, die im Gegenlaß zu U m b r e i t steht, haben wir des öfteren dargelegt und dürfte als bekannt vorausgesetzt sein. Red.)

In der darauf folgenden längeren Debatte erklärt: Georg Reich-Senftenberg: Es ist nat., daß wir Gehehe bekommen, die nicht jeder nach seinem Bedarf auslegen kann.

Vauer-Essen: Der Entwurf sieht keine Möglichkeit vor, den Arbeitgeber zum Abschluß eines Tarifvertrages zu zwingen. Anerkannt sollten nur Organisationen werden, die in den Spitzenorganisationen ihren Zusammenschluß haben. Unparteiische Vorsitzende werden wir nicht finden. Der Abschluß von Tarifverträgen wird eine Maßfrage bleiben.

Rudel-Berlin (Transportarbeiter) begrüßt es, daß nach dem neuen Entwurf nur tariffähige Organisationen mitwirken sollen. Es muß sofort Klarheit geschaffen werden, welche Organisationen hier in Frage kommen.

Sorhage-Dormund wundert sich, daß sich Umbreit zu einer Empfehlung des Entwurfs durchgerungen hat.

Das Koalitionsrecht und das Streikrecht bilden keine Schranke.

Wo soll denn der unparteiische Vorsitzende hergenommen werden? Und dann die Gefahr der Verschleppung der Streitfragen! Der Unternehmer kann getrost dieser Schlichtungsordnung entgegensehen. Der Entwurf will einen Wirtschaftsfrieden schaffen, der dem Burgfrieden während des Krieges ähnlich sieht.

Damit schließt die Debatte. Umbreit verzichtet auf das Schlußwort. Ein Entschließen wird nicht gefast. Sodann gibt Schröder den Bericht der Redaktionskommission. Von der Fülle der vorliegenden Anträge ist ein Teil durch die vom ADGB. ausgearbeitete Roelle zum Betriebsrätegesetz, ein Teil durch die Richtlinien des Vorstandes erledigt. Ein Teil der Anträge erledigt sich durch die Entschleppung Martmöller, die wir gestern bereits brachten und die heute mit der Zufahforderung angenommen wurde, daß die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes auch für die Betriebsobleute gelten. Einstimmig angenommen wurde folgender Antrag:

Der Reichsbetriebsrätekonferenz wolle es mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern, daß Betriebsräte außerhalb ihres Aufgabengebietes, wie Lebensmitteleinkauf usw., sich betätigen. Zum Schluß fand noch eine Entschleppung gegen den Lebensmittelwucher und gegen die Börsenschieber Annahme. Die Regierung soll hart werden und die Arbeiterchaft vor weiterer Verschleppung schützen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Zufemann dankt allen, die geholfen haben, diesen Kongreß auszugestalten. Der Kongreß war getragen von dem Bestreben, sachliche Arbeit zu leisten. Der gute Geist der Hand- und Kopfarbeiter des Bergbaues hat sich glänzend bewiesen. Rüge ist sich übertragen auf die Kollegen in den Schächten. Dann haben wir mit diesem Kongreß ein gut Stück Arbeit für den Sozialismus geleistet. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation wurde die Tagung geschlossen.

Arbeitersport

Durch den „Brieselang“ und „Krämer“

Die meisten Berliner, ja selbst viele Wanderer, kennen diese schönen Waldgebiete wohl nicht, trotzdem sich dieses empfehlenswerte Wandersziel in nächster Nähe befindet und daher verhältnismäßig leicht und billig zu erreichen ist. Hierzu kommt noch der weitere Vorteil, daß man nur höchst selten auf größere Ausflüglerkarawanen stößt, die jedem Naturfreund mit ihrer in den Wald verpflanzten Großstadt-Talimkultur den Aufenthalt in der Natur geradezu verfehlen können.

Wir fahren mit dem Rauener Vorortzug ab Leichter Bahnhof bis Brieselang, von wo wir uns nordwärts in das schöne Laubwaldgebiet gleichen Namens schlagen. Falls die Karten noch nicht die Siedelung und Lage des neuen Bahnhofs enthalten, frage man sich durch nach dem Forsthaus Brieselang am Nordende des hübschen Buchwaldes. Hier überfahren wir den Niederenerdener Kanal, um nordwärts durch die anfangs sandige und etwas einödnige, jedoch bei der „Großen Eiche“ recht hübsche Rauener Stadthof zur Chaussee und auf die nach Perwenitz zu gelangende. Nicht lange darauf umfängt uns der „Krämer“, der größtenteils aus hochstämmigen Kiefern mit viel Unterholz besteht, aber hübsch des Forsthauses Krämerpflanz sehr alte Eichenbestände von prächtigem Wuchs aufweisen hat, die wir am besten erreichen, wenn wir schon etwas vor dem Forsthaus die Chaussee verlassen, um durch den Wald dorthin zu gelangen. Die alte Hamburger Poststraße führt uns zum „Regenkrug“, dessen Bauart mit dem vorliegenden Giebel zur Unterfahrt für die Postwagen noch seinen ehemaligen Zweck erraten läßt. Nur schwer

werden wir uns von dem überaus wohlthuenden Bilde trennen, um über Forsthaus Wandorf und Dorf Marwig Bahnhof Besten zu erreichen.

Bekanntmachung!

Am Sonntag, den 13. November, veranstaltet der Arbeiter-Küffern-Bund (A. K. B., Brandenburg) seinen diesjährigen großen Arbeiter-Breitzeit (Küffern-Gesellschaftsabend, Wilschtr. 24. Anfang des Breitzeitpunkts 4 Uhr, Einlaß eine Stunde früher.

Ein Schausteller seiner Rauben- und Wädden-Mitteilung prägnant bei der Arbeiter-Turn- und Sportverein „Freiheit“, Hohenberg am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.

Arbeiter-Wanderband „Ratzeburg“. Wanderungen am 13. November. Führung durch das Wädden-Museum. Tr. 9,30 Uhr von dem Museum — Zur Gründungsfeier der Ratzeburger Gesangs- und Tanzgesellschaft am Sonntag, den 13. November, in der oberen Turnhalle der Gemeindefaule, Wilschtr. 24. Beginn des Turnens 3 1/2 Uhr. Zur Teilung der Rollen wird ein Programm zum Preise von 0,50 M. in der Turnhalle ausgegeben.